

**Irritierende Embargo-Prognosen:
Ökonomen-Rat in der Zeitenwende überfordert**

Ende einer Illusion

Der Bundeskanzler hat nach Russlands Angriffskrieg in der Ukraine nicht nur für die künftige Sicherheits- und Friedenspolitik die große „Zeitenwende“ angekündigt. Der Schwur auf die ökonomische Internationalisierung der Staaten Europas, die wegen der wechselseitigen Vorteile und der Abhängigkeiten militärische Konflikte vermeiden, ist geplatzt. Damit verliert der Pazifismus seinen ökonomischen Optimismus von der friedensstiftenden Internationalisierung der nationalen Wirtschaften: Norman Angell, der Friedensnobelpreisträger von 1933, liegt mit seiner Bibel zum ökonomisch begründeten Pazifismus von 1909 unter dem Titel „The Great Illusion – A Study of the Relation of Military Power to National Advantage“ daneben. Mit Putins Krieg kommt der Hyper-Globalisierung durch den Freihandel ihre sicherheitspolitische Naivität abhanden. Über Nacht wird die lange Zeit erfolgreiche Politik „Wandel durch Handel“, die erst die bedrohliche Abhängigkeit von Rohstoffen geschaffen hat, durch Putins großrussischen Chauvinismus attackiert. Willy Brandts Entspannungspolitik bleibt ohne Zweifel weltpolitisch eine großartige Leistung, die in der Auflösung des Ostblocks gipfelte und die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung schuf. In diesem politischen Klima der politischen Entspannung und des Wirtschaftshandels sind die Wohlstandsgewinne für beide Seiten allerdings nur durch wachsende Abhängigkeiten von den russischen Energieressourcen möglich geworden.¹ Heute offenbart sich das Dilemma: Der Erfolg der Entspannungspolitik und die damit durchgesetzte ökonomische Verflechtung bietet Putin im Stellvertreterkrieg gegen die Ukraine die Möglichkeit, die Abhängigkeit nicht nur von Energieressourcen aus Russland als Waffe einzusetzen. Ob es jemals wieder eine Rückkehr zum Jahrzehnte erfolgreichen „kapitalistischen Frieden“ (Erich Weede, *The Expansion of Economic Freedom and the Capitalist Peace*, 2016/2021) durch internationalen Handel, Auslandsinvestitionen und offene Finanzmärkte, die ein massiv verringertes Kriegsrisiko garantieren, geben kann, lässt sich heute nicht zu beantworten.

¹ Der Einstieg erfolgte 1970 durch die damalige sozialliberale Bundesregierung: Nach dem Ende des jahrelangen Röhrenlieferembargos durch die NATO wurden Mannesmann-Röhren zum Bau der Pipelines in die Sowjetunion geliefert und später mit dem transportierten Gas bezahlt.

Krieg als beherrschbarer Schock der heilen Makromodellwelt?

Diese durch Putins Krieg erzwungene Zeitwende verändert die Wirtschaft Deutschlands und die darauf bezogene Wirtschafts- und Finanzpolitik fundamental. Bisher nicht gekannte Preissteigerungen, demolierte Lieferketten, Produktionseinbrüche, Verluste an Arbeitsplätzen sowie Folgekosten der Flucht und Vertreibung rücken ins Zentrum. Da ist der wissenschaftliche Rat der Ökonominen und Ökonomen besonders dringlich. Im Mittelpunkt steht die Bewertung der gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Sanktionspolitik mit dem Ziel, die russischen Kriegshandlungen zu stoppen. Allerdings bieten die bisher vorgelegten Ratschläge eher Ungereimtheiten statt plausible Lösungsansätze anzubieten. Oftmals fehlt das selbstkritische Eingeständnis, Ratschläge ohne genaues Wissen über die relevanten politischen Risiken abgeben zu müssen. Hier rächt sich der doppelte Reduktionismus der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft. Sie denkt zum einen in über flexibel Preise optimal gesteuerten Gleichgewichtsmodellen. Zum anderen mangelt es an Erkenntnissen zu einer Ökonomie, die vom Primat der Politik unter militärischen Bedingungen bestimmt wird. Bei der Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen fehlt der Bezug auf eine Ökonomie unter Kriegseinflüssen. Dagegen dominiert der Glaube an die sich selbststabilisierenden Marktkräfte, die die exogenen Schocks zügig bewältigen. Der Angriffskrieg samt den Sanktionen gegen das Putin-Regime lässt sich jedoch nicht nach dem traditionellen Muster als exogener Schock modellieren. Schließlich ist nicht einmal die Zeit, wie lange der Schocks dauert, bekannt. Die Unsicherheit über Putins Verhalten gegenüber der Sanktionspolitik wird apodiktisch mit einer nicht belegbaren Unterstellung zu überbrücken versucht: Nur ein totaler Lieferstopp für fossile Energien führt zum Rückzug des Militärs aus der Ukraine. Da liegt der Trugschluss oftmals nahe, denjenigen, die diese Erwartung als Illusion charakterisieren, die Verantwortung für die Weiterführung des Krieges und damit die vielen Toten aufzubürden. Was aber, wenn der Expansionswahnsinn nicht gestoppt wird, jedoch durch die Sanktionen in den EU-Staaten die Ökonomien zusammenbrechen, die öffentlichen Haushalte kollabieren, die sozialen Spannungen zunehmen und der ökologische Umbau auf breiter Front gestoppt wird? Vieles deutet auf einen Putin hin, der zumindest in den kommenden Wochen unbeeindruckt von den realisierten und angedrohten Sanktionen den Krieg weiterführen wird. Dabei nimmt er die schweren Belastungen der russischen Bevölkerung durch die Sanktionen jenseits der Oligarchen in Kauf. Während der hohe Preis der Sanktionen bezahlt werden wird, droht das Töten in der Ukraine fortgesetzt zu werden. Dieses schreckliche Szenario auf der Basis

einer in den nächsten Wochen erfolglosen Sanktionspolitik verlangt allerdings eine Neubewertung der Verteidigung durch die Ukraine gegen diesen Angriffskrieg samt der ausländischen Unterstützung.

Irrtumswahrscheinlichkeiten der Embargo-Prognosen

Während es an Expertisen zum Nutzen und zu den Kosten der unterschiedlichen Sanktionsoptionen fehlt, operiert die vorherrschend beratende Wirtschaftswissenschaft bei der Ableitung der gesamtwirtschaftlichen Schäden eines totalen Embargos für die fossilen Energien Gas, Kohle und Öl mit zwar mathematisch hoch entwickelten, aber gegenüber der Wirklichkeit zu stark abgeschotteten ökonometrischen Modellen.

Abschätzungen der Verluste an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung (BIP) durch ein Embargo fossiler Energieressourcen aus Russland^{*)}

Bachmann et al.	Varianten des Rückgangs der kompletten Energieimporte (in: ECONtribute Policy Brief Nr. 029)	BIP-Wachstum: - 0,5% bis - 3%
Sachverständigenrat (SVR)	Rückgang Erdgasimport aus Russland um 75%; ¼ kompensiert; Gaspreis auf 350 € je MWh	Gegenüber BIP-Basisszenario: - 2%
Deutsches Wirtschaftsforschung (DIW)	Komplettes Embargo russischer Energie	10 Jahre BIP-Verluste Höhepunkt nach Monaten: - 3%
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	„Halbes“ Energieembargo Verzicht auf die Hälfte der russischen Gases, die 30% in Deutschland ausmachen mit 900 € je MWh	2022 Rezession mit: -6 %
Gemeinschaftsgutachten Frühjahr 2022	Komplettes Sofort-Embargo Erdgas+Rohöl	2022: 1,9% statt -2,2% (-0,8PP) 2023: -2,2% statt 3,1% (-5,3PP) 2022/2023 rd. -220 Mrd. € BIP (-6,5%)

^{*)} Alternativszenario ohne Energierohstoffe (nur Erdgas) aus Russland bezogen auf das Basisszenario (BIP = Bruttoinlandsprodukt)

Hat der Bundeskanzler Scholz mit seiner überraschend klaren Kritik beim „Anne Will“-Talk Recht, wenn er sagt: Diese Wirtschaftswissenschaft kann nur „irgendwelche mathematischen Modelle zusammenrechnen, die dann nicht funktionieren“? Bevor die mit Skepsis wahrgenommenen Betroffenen mit dem Vorwurf der Missachtung unabhängiger Wirtschaftswissenschaft reagieren, empfiehlt sich eine selbstkritische Evaluation der eigenen Prognosearbeit. Allein schon die auffällig deutlich voneinander abweichenden Prognosen zu den Wachstumsverlusten durch ein totales Energieembargo lassen Zweifel an eindeutigen Ratschlägen aufkommen. Was soll die Politik und die Öffentlichkeit mit einer Bandbreite von 0,5 % bis über 6% und darüber hinaus anfangen?

In der Übersicht der „Verluste an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung (BIP) durch ein Embargo fossiler Energieressourcen aus Russland“ werden die Ergebnisse wichtiger Prognosen gegenübergestellt. Dabei irritiert vor allem die Expertise von „ECONtribute“, dem Exzellenzcluster der Universitäten Bonn und Köln: Der Absturz wird optimistisch zwischen 0,5% bis 3 % geschätzt. Der Rat an die Politik: Ein sofortiges Komplettembargo für russische Energieressourcen ist „handhabbar“. Am anderen Ende der Prognosen steht das „Institut für Makroökonomie und Strukturforschung (IMK)“. Vorhergesagt wird ein gesamtwirtschaftlicher Verlust durch den effektiven Verzicht auf 30 % an russischem Gas um 230 Mrd. €, also einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mit 6%. Und es kann, wenn die Sanktionen Putin nicht zur Umkehr zwingen und die Anpassungsprozesse mehr Zeit benötigen, schlimmer kommen. In dem im April vorgelegten Gemeinschaftsgutachten zeichnet sich auf der Basis zeitnaher Daten für die Jahre 2022 und 2023 eine Rezession um 6,5 % ab. Nach der Prognose des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)“ werden dagegen die Wirtschaftskraftverluste auf 10 Jahre mit 3 % im Höhepunkt nach 18 Monaten angegeben.

Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Immerhin gibt der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)“ in seinem Sondergutachten Hinweise zu den unterschiedlichen Verfahren und den Annahmen, mit denen die für die Folgen der Sanktionspolitik relevanten Wirkungsketten erfasst werden.

* Die Annahmen über die schnelle, preisgetriebene Substitution etwa des Verlustes von russischem Erdgas durch Alternativen und durch das Einsparpotenzial werden oftmals überschätzt. Auch fehlen Angaben zur Dauer, die zum Ausstieg aus der Erdgasnutzung gebraucht wird.

* Die Wirkungsanalyse reicht bei den optimistischen Prognosen nicht aus, die komplexen Verflechtungen des Energiehandels zu erfassen. So verwendet zwar die Forschungsgruppe Bachmann et al. „ein modernes multisektorales Modell der offenen Volkswirtschaft“, aber die Übertragungseffekte über die gesamte Wertschöpfungskette bleiben unterbelichtet. Es reicht nicht aus, sich vorrangig auf die Primärimpulse steigender Energiepreise, also auf die erste Wirkungsstufe des Impulses zu konzentrieren. In die Abschätzung der Gesamtbelastung müssen die krisenverschärfenden Kaskadeneffekte dieser Sanktionspolitik einbezogen werden. Darauf verweist beispielsweise die chemische Industrie, die den Wegfall des Gases vom Primäreinsatz in der Produktion über das produzierende Gewerbe bis zum Endprodukt beim Verbraucher erfasst.

* Viele Prognosen schließen die Folgen der Sanktionen für die in vollem Gang befindliche ökologische Transformation komplett aus. Sie sind ökonomisch kurzfristig und ökologisch blind. Wie das Beispiel „grüner Stahl“ zeigt, wird zum bereits der mit hohen Investitionssummen gestartete Ausstieg aus CO₂-Stahl durch den Einsatz von Wasserstoff (Direktreduktionsanlagen statt Hochöfen) Erdgas als Brückenenergie gebraucht. Da geht es nicht um die Substitution des bisherigen Gaseinsatzes, sondern um eine riesige Zusatznachfrage. Ein Embargo vor der Realisierung der Wasserstofftechnologie würde diesen Umbau bedrohen.

* Die ökonomischen Belastungen durch die Sanktionspolitik führen zu Rückwirkungen auf den Finanzmärkten vor allem zu veränderten Bewertungen der besonders stark betroffenen Unternehmen und damit auch zu Verlusten bei den Vermögenswerten in Form von Aktien und Unternehmensanleihen.

* Während die dominierenden Preissprünge durch Angebotsverknappung und Spekulationsgeschäfte mit der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) nichts zu tun haben, empfehlen die optimistischen Prognosen zur Bewältigung des Stopps der russischen Energieressourcen der Notenbank, die volkswirtschaftliche Liquidität zu verknappen und über steigende Zinsen zu verteuern. Dass dadurch vor allem die über Kredite finanzierte Wirtschaft unnötigerweise schwer belastet wird und Arbeitsplätze verloren gehen, wird ausgeblendet. Die Geldpolitik muss dagegen mehr denn je die Finanzstabilität sichern.

Grundsätzlich kommt die modellgläubige Wirtschaftswissenschaft nicht umhin, die systemischen Grenzen der vorliegenden Prognosemodelle offenzulegen. Einzig und allein hat das „Institut für Makroökonomie und Strukturforschung (IMK)“ darauf verwiesen. Die Empirie der heute angewendeten Modelle orientiert sich an der Vergangenheit. Die Erfahrungen aus früheren Krisen passen nicht zur heutigen Entwicklung. Es gibt für den heutigen Sanktionsschock historisch keine Erfahrungen. Der jetzt propagierte Stopp der Erdgaslieferungen ist „ein absolutes Novum für die deutsche Wirtschaft“ (Sebastian Dullien). Alles in allem sind die vorliegenden Modelle bei der Prognose eines Totalembargos gegenüber einer stark abhängigen und hoch verflochtenen Wirtschaft überfordert. So sprengt die komplette Anpassung über steigende Preise für Erdgas das Modell: Sollte der Preis, bei dem das russische Gas nicht mehr nachgefragt wird, erreicht werden, dann kann, so die Erkenntnis des IMK, „das Modell keine stabilen Zahlen mehr produzieren“.

Also, die Skepsis des Bundeskanzlers ist trotz der modernsten Prognosetechniken begründet. Die beratende Ökonomenzunft liefert sicherlich wichtige Hinweise zu den wirtschaftlichen Konsequenzen der Zeitenwende. Für die Politik reicht dies jedoch nicht aus. Sie muss hier und heute unter hohem Risiko oftmals auch ohne brauchbare ökonomische Ratschläge schnell und verantwortungsvoll handeln. Dazu ein Beispiel: An den Tankstellen zeigt sich beim Benzinspreis im Vergleich zum Rohölpreis, dass Spekulationen auf den Finanzmärkten wirken. Hinzukommt die Marktmacht der Mineralölkonzerne, die mit schwer durchschaubaren Preisabstimmungen etwa über die „barometrische Preisführerschaft“ Monopolpreise durchsetzen. Während die vorherrschende Wirtschaftswissenschaft diesen Herausforderungen nicht nachgeht, ist auf Anordnung durch den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz das Bundeskartellamt dabei, diese Fehlentwicklung zu erkunden.

Die beratende Wirtschaftswissenschaft ist gut beraten, auch im Streit um die Prognosen proaktiv auf die Grenzen ihrer Modelle hinzuweisen. Mehr Demut wäre wegen der objektiv begrenzten Beratungsfähigkeiten geboten. Wieder einmal wird klar, beim Für und Wider der Prognosen ist der plurale Dialog entscheidend. Annahmen zum Modell und die Art der methodischen Verarbeitung der interdependenten Wirkungskanäle sollten offengelegt werden. Letztlich ist die Entscheidung für Sanktionen die einsame Aufgabe der Politik. Sie kann sich bei der Abschätzung der Folgen auf die beratende Wirtschaftswissenschaft

nicht verlassen. Weiterentwicklung der Modelle im offenen Diskurs ist die richtige Antwort.

Dabei stehen auf der Agenda der Wirtschaftswissenschaft noch viele kaum geklärte Punkte zur Analyse der ökonomischen Folgen eines totalen Sofortembargos für russische Energieressourcen:

- * Bekämpfung der Inflation vorübergehend auch mit Preiskontrollen
- * Einführung sozialer Ausgleichsmaßnahmen
- * Analyse der Konstellation hohe Inflation bei wirtschaftlicher Rezession, die weit über die Stagflation der 1970er Jahre hinausgeht.
- * Neue Rolle der derzeit eher machtlosen Geldpolitik
- * Aktive Finanzpolitik mit neuen Aufgaben und deren Finanzierung ohne Schuldenbremse.
